Netzwerk
Erinnerung + Zukunft
in der Region Hannover e.V.

Newsletter
Berichte – Informationen – Debatte

November 2017

Liebe Netzwerkmitglieder und Interessierte,

nach neun Monaten Planung und Vorbereitung fand am 17./18. November die jährliche Tagung des Vereins Netzwerk unter dem Thema „Aktueller und historischer Rechtsextremismus in Deutschland und Europa“ in den ver.di Höfen in Hannover statt. Dank der Gewinnung finanzfähiger PartnerInnen und hoch kompetenter ReferentInnen konnten sich in angenehmer und professioneller Arbeitsatmosphäre an die etwa 50 TeilnehmerInnen zu dem Kongress treffen. Ein Bericht in diesem Newsletter geht ausführlich auf dies Ereignis ein.

Einen weiteren wichtigen Termin in diesem Monat bildete die gemeinsame Veranstaltung vom Verein Netzwerk mit der Stadt Hannover zum Lernort: „Die hannoversche Stadtgesellschaft und der Nationalsozialismus“ am 27. November in der VHS Hannover. Hier kann dazu aus Termingründen nur ein geraffter Bericht erscheinen.

Eine Einladung zur Teilnahme Infostand des Netzwerks an der „Blauen Stunde 2017 – Digital Genial?!“ der Stadt im Neuen Rathaus haben wir gern angenommen, um dort für unseren digitalen Stadtrundgang zu werben.

Ich wünsche allen LeserInnen – auch im Namen des Vorstands – ein geruhsames Weihnachtsfest und einen guten Auftakt in ein hoffentlich gelingendes Jahr 2018.

Peter Schyga (Netzwerkreferent)

<u>Der Inhalt:</u>

- **Berufsverbote: Eine Ausstellung**
- **Gedenken zur Pogromnacht**
- **Infostand des Netzwerks zur „Blauen Stunde 2017 – Digital Genial?!“ im Neuen Rathaus**
- **Eine erfolgreiche Tagung**
- **Treffen von Außenlager-Initiativen in Neuengamme am 3. November 2017**
- **„Die hannoversche Stadtgesellschaft und der Nationalsozialismus“ – Information und Debatte**
- **Kooperation zwischen der Gedenkstätte Ahlem und dem Ghettofighters‘ House Museum**
- **Rückblick: Graffiti Workshop in der Gedenkstätte Ahlem**
- **Ausblick: Veranstaltungen, Termine**

Berufsverbote: Eine Ausstellung

Man/frau kannte sich bei der sehr gut besuchten Ausstellungseröffnung „Vergessene“ Geschichte – Berufsverbote im Foyer der Ada- und Theodor-Lessing Volkshochschule (VHS) Hannover am 10. Oktober. Viele Leidtragende des Radikalenerlasses, die sich in der „Niedersächsischen Initiative gegen Berufsverbote“ zusammengeschlossen haben, sahen ihre Geschichte in der von der Initiative gefertigten Ausstellung widergespiegelt. 18 interessant gestaltete Tafeln informieren Sachunkundige über den Radikalenerlass vom Januar 1972, lassen Betroffene und deren gebrochene Biografien zu Wort kommen und schlagen einen kühnen Bogen in die deutschen Vergangenheit von den Karlsbader Beschlüssen gegen „revolutionäre Umtriebe“ 1819, politische Verfolgung im Kaiserreich, der Weimarer Republik und natürlich im Nationalsozialismus bis in die bundesdeutsche Nachkriegsgeschichte. Im Zentrum der Ausstellung stehen die politisch/administrativen Entscheidungen einer umfassenden, von allen Parteien getragenen Bespitzelung und politischen Konformitätsüberprüfung von etwa 3,5 Millionen Personen, die in den öffentlichen Dienst wollten oder dort schon beschäftigt waren.

Begleitet vom temperamentvoll aufspielenden Ensemble Csócolom begrüßten der VHS-Leiter Michael Guttmann und Bürgermeister Thomas Hermann das Publikum. Unter dem Gemälde „Theodor Lessing“ des Künstlers Detlef Kappeler stehend wiesen beide auf die Schäden für die demokratischen Entwicklung der Republik hin, die die unselige Politik der „Radikalen- und Extremistenabwehr“ – so die offizielle Begründung damals – zugefügt hat. Bespitzelung und Ausgrenzung einer ganzen Alterskohorte kritischer Bürgerinnen und Bürger, Einschüchterung mit dem Ziel der obrigkeitsstaatlichen Botmäßigkeit im gesamten Öffentlichen Dienst und darüber hinaus, seien mit den Grundrechtsartikeln des Grundgesetzes nie vereinbar gewesen und doch bewusst praktiziert worden. Die frisch gewählte GEW-Landesvorsitzende Laura Pooth und die Landesbeauftragte zur Aufarbeitung des Radikalenerlasses Jutta Krüpke betonten die Bedeutung der politischen Aufarbeitung der Geschichte des Radikalenerlasses, die auf Kabinettsbeschluss vom Dezember 2016 seit dem Frühjahr 2017 in Angriff genommen sei und zum Januar des nächsten Jahres ihren Abschluss finden werde. Dass in Konsequenz dieser auch für Parteien und Gewerkschaften – immerhin gab es dort auch Unvereinbarkeitsbeschlüsse, mit denen kritische und radikale Kolleginnen und Kollegen aus ihren Reihen gedrängt wurden – selbstkritischen Aufarbeitung eine Rehabilitierung und Formen von Entschädigung nötig seien, lautete ihr Plädoyer. Das Mitglied der Ausstellungsgruppe, Cornelia Booß-Ziegling, wies in ihrem Dank an die die Ausstellung unterstützenden Einrichtungen kurz auf den langwierigen, in demokratischem Diskurs der Betroffenen erarbeiteten Prozess der Erstellung der Schau hin.

Die dem Thema angemessene würdige und durch den „Sound Transsilvaniens“ doch aufgelockerte Stimmung bei dieser Vernissage kann allerdings den Berichterstatter nicht davon abhalten, einige kritische Bemerkungen zu formulieren. Die Dimension einer politischen (Selbst)Kritik bleibt bei den Nachfolgern der damaligen Verantwortlichen unterbelichtet. Die SPD konnte bei den Bundestagswahlen im November 1972 ihr historisch bestes Wahlergebnis von 42 Prozent erreichen, weil ihr Vorsitzender und Kanzler seit 1969 Willy Brandt mit dem Slogan „Demokratie wagen“ um Zustimmung für einen Kurs des demokratischen Aufbruchs warb. Dieser Spruch transformierte die Forderungen und das radikal demonstrierte Unbehagen der 68er – der APO – an der politisch/sozialen Gegenwart in eine parlamentarisch-demokratische, durch Wahlen erreichbare realpolitische Option. Es war eine Zeit, als Jusos – zumindest solche, die ein politisches Anliegen hatten und nicht auf eine Parteikarriere setzten – ständig versichern mussten, so fest auf der FDGO zu stehen, dass sie Plattfüße bekämen. (Der Autor weiß, wovon er spricht) Es war eine Zeit, in der auf allen Feldern des Lebens Konfrontation zwischen befreiendem Aufbruch und konservativ-obrigkeitsstaatlichem Beharren herrschte: In Familien und Schulen, an Universitäten und in Betrieben, im gesamten Kulturbereich, bei als existenziell angesehen politischen Fragen (§ 218, Atomkraft, Kalter Krieg, Befreiung der kolonialisierten Völker etc.). In diesen gesellschaftspolitischen Diskursen waren radikale, die Gegenwart der Bundesrepublik ablehnende Auffassungen keine Seltenheit. Über Wege in eine freie, sozialistische Gesellschaft wurde debattiert und gestritten, sogar die Jusos lasen „Lohnarbeit und Kapital“ und die sozialdemokratische Linke malte Wege zu einem

demokratischen Sozialismus. Eine intensive Beschäftigung mit Faschismus und Nationalsozialismus jenseits von Lehrstühlen, es sei nur beispielhaft an die seit… laufende Debatte im Argument erinnert, stellte die fundamentale Kritik am Kapitalismus und der „bürgerlichen Demokratie“ ins Zentrum ihrer retrospektiven NS-Bearbeitung. Dass dabei massiv Irrwege beschritten wurden, indem etwa der Nationalsozialismus und seine Verbrechen für Gesellschaftskritik der Gegenwart funktionalisiert wurden, ist unbestritten. Dass eine Gesellschaft und in ihr agierenden Parteien und Verbände auch fundamentale Systemkritik ertragen und erdulden müssen, gehört allerdings zu einer demokratischen Republik dazu. Der Radikalenerlass war das Gegenteil davon, eine staatlich organisierte repressive Basta-Antwort auf nonkonformes Verhalten.

So wie man von den Partei- und Institutionennachfolgern der Berufsverbotserlasser heute eine deutliche politische Selbstkritik erwarten darf, sollten Betroffenen bei aller Härte persönlicher Schicksale sich nicht in erster Linie als Opfer darstellen. Dass sie dies auch waren – kein Zweifel. Doch natürlich agierten viele von ihnen radikal gegen die Bundesrepublik. Die DKP-Leute hatten die DDR und die SU als leuchtende Vorbilder für eine andere Gesellschaftsformation. Dafür wurden sie von von K-Gruppen Mitgliedern verachtet, die wiederum als Maoisten, Trotzkisten oder freischwebende Sozialisten für die „Diktatur des Proletariats“ eintraten. Man/frau haben diesen Staat damals bekämpft. Wenn also die Vertreterin der Betroffenen bei der Eröffnung betonte, man/frau wäre damals gar nicht in solcher Art Radikalität aufgetreten, wäre immer auf dem Boden der FDGO gestanden, ist das Humbug. Was solch retrospektive Verklärung von Vergangenheit soll, erschließt sich auch manch Betroffenem nicht. Dies Verfahren entpolitisiert den Diskurs um politische Freiheitsrechte, drückt ihn auf eine persönliche Ebene Leidtragender. Solche Art der Bearbeitung der Berufsverbotspolitik scheint angesichts der massiven Ausweitung und Intensivierung staatlicher Überwachung und Kontrolle von Jedermann in der jüngeren Vergangenheit und Gegenwart kaum geeignet, aus den politischen Verhältnissen von damals Lehren für ein notwendiges stetes Ringen um eine demokratische Republik zu ziehen.

PS

Gedenken zur Pogromnacht – Stilles Gedenken am Ort der zerstörten Synagoge

Mit Kranzniederlegungen, Gesängen und Gebeten haben mehr als 100 Besucher an die Pogromnacht vom 9. November 1938 erinnert. In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 wurden deutschlandweit jüdische Einrichtungen und Geschäfte zerstört und jüdische Männer inhaftiert und in Konzentrationslager verschleppt. Die Novemberpogrome markieren den Übergang von der Diskriminierung zur systematischen Verfolgung der Juden, die zum Holocaust führte.

Kantor Andrej Sitnov und der Chor der Jüdischen Gemeinde stimmten bei der Gedenkfeier am früheren Standort der Synagoge in der Roten Reihe das hebräische Seelengebet „El male rachamim“ an, in dem gläubige Juden die Barmherzigkeit Gottes beschwören. Zehntklässler der Heisterbergschule erinnerten in Textvorträgen an das Schicksal von Elsa Rosenbaum und Norbert Kronenberg. Der junge Jude aus Hannover wurde am 15. Dezember 1941 nach Riga deportiert und starb im Holocaust; seine Verlobte Elsa konnte nach Australien fliehen.

Im Gedenken an die Opfer der Pogromnacht und an die Zerstörung der Synagoge legten Vertreter von Kirchen- und Synagogengemeinden sowie von Stadt, Politik und Gesellschaft Kränze und Blumen nieder. Neben Landtagspräsident Bernd Busemann, Bürgermeister Thomas Hermann und der stellvertretenden Regionspräsidentin Petra Rudszuck erinnerten auch Stadtsuperintendent Hans-Martin Heinemann und Propst Martin Tenge an die jüdischen Opfer des NS-Regimes.

© LHH

Bürgermeister Thomas Hermann, die Regions-Vizepräsidentin Petra Rudszuck,Landtagspräsident Bernd Busemann sowie Kultusministerin Frauke Heiligenstadt (v.l.) legen Kränze zum Gedenken an die Pogromnacht nieder.

LHH Städtische Erinnerungskultur

Infostand des Netzwerks zur „Blauen Stunde 2017 – Digital Genial?!“ im Neuen Rathaus

Der Netzwerk-Stand. Das Foto täuscht – es war ganz schön voll im Rathaussaal.

Am 24. November waren Familien von der Landeshauptstadt zur „Blauen Stunde 2017 – Digital Genial?!“ in das Neue Rathaus und in Freizeitheime eingeladen – es galt, gemeinsam digitale Entdeckungsreisen an fünf Stationen in fünf Stadtteilen zu unternehmen.

Das Netzwerk war dabei und hatte seinen Stand neben den Stadtmodellen im Rathaussaal aufgebaut. Mit Flyern und Tablets wurde auf den „Stadtrundgang zu Orten der Verfolgung und des Widerstands 1933-1945 in Hannover“ hingewiesen. Der Standort war bewusst gewählt.
Denn die vier Stadtmodelle zur Entwicklung von der kleinen welfischen Residenzstadt bis zur heutigen Großstadt sind jederzeit ein echter Publikumsmagnet, und von einheimischen wie auswärtigen Neugierigen umlagert. Leider finden sie vor Ort keinerlei Informationen, die ihnen erklären, was sie da sehen – warum die Neue Synagoge im Modell des Jahres 1939 nicht mehr stehen dürfte, warum Hannover sich im Modell des Jahres 1945 in eine Trümmerwüste verwandelt hat, u.v.m.

Der Vorstand des Netzwerks hat deswegen im April 2017 in einem Brief der Stadtverwaltung vorgeschlagen, an den Modellen der Jahre 1939 und 1945 mit Hilfe von QR-Codes auf Hintergrundgeschichte(n) zu verweisen. Damit kann auf den digitalen Stadtrundgang, aber auch auf die Internetseiten des Historischen Museum Hannover und der Städtischen Erinnerungskultur verlinkt werden. Angesichts einer möglichen Bewerbung zur „Kulturhauptstadt Europas“ kann es nicht schaden, wenn sich die Stadt in ihrer „guten Stube“ informativer zeigt als bisher. Vielleicht sogar mehrsprachig?

Michael Pechel / Tom Seibert

Eine erfolgreiche Tagung

„Wir haben viel gelernt“, lautete die ziemlich einmütige Stellungnahme der Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Ende der Jahrestagung des Vereins Netzwerk und seiner Kooperationspartner zum Thema „Aktueller und historischer Rechtsextremismus in Deutschland und Europa“. Auch wenn die hannoversche Lokalpresse trotz Einladung und Pressemitteilung es nicht für nötig befand, die Tagung in irgendeiner Form anzukündigen, versammelten sich etwa 50 Interessierte, um die Beiträge der Vortragenden zu hören, zu debattieren und am Samstagnachmittag Wege und Methoden zu erörtern, dem politisch-ideologischen Rechtstrend auch vor Ort und in der Region entgegenzutreten.

Urban Überschär (FES), Ulrika Engler (LpB) und Dr. Horst Meyer (Verein Netzwerk) begrüßten die Teilnehmer und Teilnehmerinnen. Sie betonten in ihren kurzen Ausführungen die Wichtigkeit, sich in Zeiten eines um sich greifenden Rechtsextremismus und zunehmenden rechtspopulistischen Politikgebarens mit diesem Thema intensiv und konzentriert auseinanderzusetzen. Insbesondere wegen ihrer internationalen Ausrichtung mit Beiträgen aus Ungarn und Frankreich komme der Tagung ihre Bedeutung zu.

Das Podium am Fr. Nachmittag: v .l. Isabell Maras, János Wildmann, Linda Matzke (FES); Foto: Tom Seibert

János Wildmann, Ökonom und Theologe aus Ungarn mit einer langen persönlichen Dissidentengeschichte im Gepäck schilderte, wie sich der gegenwärtige ungarische Regierungschef Victor Orban immer weiter von einstigen liberal-demokratischen Einstellungen entfernt und mit nationalistischen, völkischen und EU-kritischen Parolen Mehrheiten organisiert hat, die ihm und seiner Fides-Partei die gegenwärtige Machtfülle übergaben. Orban habe geschickt die von den wirtschaftlichen Entwicklungen der späten neunziger Jahre enttäuschten Mittelschichten mit Versprechungen der Herstellung nationaler Größe ideologisch binden können, und diese Bindung durch die Schaffung ökonomisch sozialer Abhängigkeiten materiell gefestigt. Er schuf sich über Nepotismus und Pfründewirtschaft, die an mafiöse Strukturen erinnern, eine folgsame Klientel, die ihm parlamentarische Mehrheiten organisierte. Auf der Grundlage konnte er die Angriffe auf

Grundpfeiler einer republikanisch-demokratischen Gesellschaft forcieren, die Gewaltenteilung teilweise aushebeln, das Medien- und Pressewesen in weiten Teilen unter seine Kontrolle bringen und Teile des Bildungswesens, in dem völkisch begründeter Nationalstolz zur Kerntugend aufstieg, umkrempeln. Einen genauen Blick richtete der Referent auf die Rolle der Kirchen. Einst ein radikaler Antikleriker entdeckte Orban zu Beginn der neunziger Jahre sein Herz und den staatlichen Geldbeutel für die Institutionen der römisch-katholischen und der reformierten Kirche. In ihrer Dankbarkeit für materielles Wohlergehen sprangen etwa die katholischen Klerikalen ihrem weltlichen Herrn besonders in der Flüchtlingskrise bei. Den Ermahnungen ihres Oberhirten in Rom, christliche Nächstenliebe zu zeigen, begegneten sie mit kalter Schulter. J. Wildmann betonte, dass das Netz der materiellen Wohltaten und Abhängigkeiten, in das Orban sein Land verstrickt hat, wesentlich durch die Zuwendungen der EU vor dem Zerreißen bewahrt wird. Damit, so der Referent, erhebe sich die EU zur entscheidenden Stütze von Orbans Macht. Zur Perspektive meinte der Vortragenden, er könne im Land keine Opposition erkennen, die fähig wäre, Orban die Stirn bieten. Manche seien selbst verstrickt in postkommunistische Machenschaften, manche hätten Teil am finanziellen Segen, viele Menschen hätten resigniert, hunderttausende seien ins Ausland gegangen, so dass seiner Meinung allein die EU in der Lage sei, Orbans Treiben entgegenzuwirken. Wohl würde das Kappen von EU-Geldern schnell in eine wirtschaftliche Krise münden, doch dann bestünde die Chance, dass sich das Volk von Orban abkehrt. „Realistisch, nicht pessimistisch“ nannte János Wildmann diese Perspektive – man wird sehen.

Isabell Maras vom Centre intrenational de formation européenne (CfE s. http://www.cife.eu/de/5/isabelle-maras_122-1) beschäftigte sich in ihrem Vortrag mit der historisch-politischen Entwicklung des 1972 von Jean Marie Le Pen gegründeten und seit 2011 von seiner Tochter Marie Le Pen geführten Front National. Sie ging der Frage nach, wie und warum sich diese rechtsextreme, nationalistische und fremdenfeindliche Partei bei manchen Rückschlägen über diese lange Zeit als ernst zu nehmende politische Kraft in Frankreich halten und entwickeln konnte. Rückhalt fand der FN zunächst vornehmlich im Süden des Landes. Hier hatten sich viele der 1,4 Millionen nach dem Unabhängigkeitskampf Algeriens aus Nordafrika geflohenen Algerienfranzosen – die Pieds-noirs – niedergelassen. Sie fühlen sich von De Gaulles Frankreich in Stich gelassen und fanden in der FN einen fundamentaloppositionellen Mitstreiter. Ein aggressiver Rassismus, Fremdenhass und Antisemitismus Jean-Marie Le Pens schweißte zwar die Rechtsextremisten zusammen, verhinderte jedoch lange seine Akzeptanz in anderen Bevölkerungskreisen. Seit Mitte der achtziger Jahre konnte der FN seine Wählerbasis massiv ausweiten. In den wirtschaftlich besonders gebeutelten Regionen Nord- und Ostfrankreichs zog es verunsichertes Kleinbürgertum zur Partei und zunehmend auch Arbeiter, die mit dem Niedergang der KPF politisch und ideologisch heimatlos wurden. Als bei den Präsidentschaftswahlen 2002 Jean Marie Le Pen als zweiter des ersten Wahlgangs in die Stichwahl zog, waren weite Teile Frankreichs und Europas schockiert. Als er dann in der Stichwahl gegen Jaques Chirac nur 17 Prozent der Stimmen erhielt, atmete man tief durch und – so die Referentin – dann war wieder alles im Lot. Es sei eine große Schwäche der französischen Citoyens, nach einem als Schock erlebten Wahlgang wieder zur Tagesordnung überzugehen anstatt mit aller Kraft gesellschaftliche Bündnisse gegen den FN und grassierende Fremdenfeindlichkeit, Europaskepsis und protektionistische Autarkiebestrebungen zu schmieden. Außer im Zentrum Paris geschehe in dieser Hinsicht kaum etwas im Land. Man gebe zwischen den Wahlen republikanisches Gewissen und Tatkraft an die gewählten Funktionsträger ab. Als sich ab 2007 Marie Le Pen zunehmend Einfluss in der Partei verschaffte und sich dann 2011 zur Vorsitzenden wählen ließ, verändert sich das Profil der FN. Der radikale Antisemitismus wurde verbannt und die Hetze gegen Einwanderer auf islamische Migranten begrenzt bzw. konzentriert. Der Islam wurde zum Feind, die mörderischen Anschläge des IS in Paris und anderswo waren Mühlen auf die Propaganda des FN. Eine zunehmende Hetze gegen eine angebliche Bevormundung durch die EU besonderes in wirtschaftlichen Fragen und die Gefahren der Globalisierung unter der Parole „Frankreich zuerst“ bei Erhaltung einheimischer Industrien verschaffte dem FN immer weiteren Zuspruch. Man / frau erinnert sich noch lebhaft an die letzten Präsidentschaftswahlen, als die reale Gefahr bestand, dass Marie Le Pen auf der Basis von um die 30 Prozent Zustimmung in Umfragen die Wahl gewinnen könnte. In einem zerrütteten traditionellen Parteiensystem tauchte dann Macron mit seiner Bewegung „en Marche“ quasi als Retter Frankreichs vor dem FN auf – und erhielt eine mehr als

komfortabel Mehrheit. Und wieder scheint es, so die Referentin, dass sich Bevölkerung und intellektuelle Wortführer unter dem Motto „es ist ja noch einmal gut gegangen“ einer Alltagsroutine im Unpolitischen hingeben, denn der FN würde sich geschwächt zeigen. Isabell Maras, die persönliches Engagement in Zusammenschlüssen der Citoyens mit wissenschaftlich-soziologischer Arbeit bei internationaler Vernetzung verbindet, betonte in diesem Zusammenhang, wie sehr in Frankreich etwa im Unterschied zur Bundesrepublik das Bewusstsein verkümmert sei, kontinuierlich und tatkräftig den Zusammenschluss gegen den Rechtsradikalismus zu organisieren.

Nachfragen und Debatte im Anschluss an beide Vorträge konnten noch manche Erkenntnis bei den Anwesenden vertiefen. Der Tagungsabend klang bei Brezel und Wein aus, danach nahmen einige die Gelegenheit wahr, beim Essen mit den Vortragenden in einem benachbarten Restaurant die Kontakte zu vertiefen.

Am Samstagvormittag begab sich **Markus Weber**, Geschichts- und Religionslehrer am NIG in Bad Harzburg, mit seinem Vortrag in die Geschichte des Endes der ersten deutschen Republik von Weimar. Gestützt auf sein Wissen als mitverantwortlicher Gestalter und Organisator einer viel beachteten Ausstellung zur Harzburger Front durch den Verein Spurensuche Harzregion zeigte er an diesem Ereignis im Oktober 1931, wie sich das deutsch-nationale Bürgertum mit den Nationalsozialisten verbündete mit dem Ziel, die demokratische Republik zu zerschlagen. Die Führer von DNVP, Stahlhelm, Alldeutschen, Landbund, Teilen der DVP und NSDAP, etliche Vertreter des Finanz- und Industrieadels flankiert von so manchem blaublütigen Standesvertreter einigten sich auf der Tagung im Kurhaus der Stadt mit der „Harzburger Resolution“ auf eine Strategie der Republikzerstörung. Im ersten Kabinett Hitler tauchten wenige Monate später alle Hauptredner von Bad Harzburg wieder auf.

Bei seinen Hinweisen, warum gerade Bad Harzburg als Tagungsort ausgewählt wurde, verwies der Vortragenden auf die gute Verkehrsanbindung, eine Bevölkerung, die dem ganzen Treffen aus wirtschaftlichen Gründen wohlgesonnen war und politisch kaum Einwände hatte, und die Tatsache, dass im Freistaat Braunschweig eine Koalitionsregierung aus NSDAP und national-bürgerlichen Kräften mit Polizeimaßnahmen jeden Protest unterdrücken würde und zudem hier ein Uniformverbot wie etwa in Preußen nicht galt. Skizzenhaft die Resolution von Bad Harzburg sezierend zeigte Markus Weber, dass wesentliche politische und ideologische Elemente in diesem Pamphlet, das die politische Haltung der extremen Rechten von Weimar zum Ausdruck brachte, durchaus auch heute im rechtsextremen Spektrum en vogue sind: Herstellung einer völkischen Volksgemeinschaft durch Ausgrenzung und Verfolgung Andersdenkender und dabei auch mit Bürgerkrieg zu drohen, die Selbstermächtigung das Volk zu sein, der Hass auf die „Systemparteien“, die Drohungen gegen republikanische Institutionen wie die unabhängige Justiz, die freie Presse oder ein demokratisch-republikanisches Bildungswesen sind nur einige der Parallelen von damals zu heute.
Vgl.:http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0206_har&st=HARZBURGER%20RESOLUTION&l=de

Man könne, so der Referent, an der Tagung in Bad Harzburg und ihrer Resonanz ablesen, wie rasch und scheinbar unvermittelt sich die Weimarer Mittelklassen Hitler zuwandten. Nur ein halbes Jahr später dokumentierten dies viele, indem sie sich bei der Reichspräsidentenwahl von ihrem Weltkriegshelden Hindenburg abwandten und dem Kandidaten Hitler ihre Stimme gaben.

Das Plenum am Samstagsvormittag mit dem Referenten Markus Weber; Foto: Tom Seibert

Marc Grimm, Politikwissenschaftler an der Uni Bielefeld befasste sich in seinem Referat mit dem Begriff des Rechtsextremismus als politischem Kampfinstrument. Es ging ihm darum zu zeigen, dass der Rechtsextremismus-Begriff der Ausgrenzung dient, dass er Grenzen ziehen soll, was sagbar und machbar ist in der Republik. Er setzte dabei am von Fritz Bauer angestrengten Prozess gegen den Vorsitzenden der SRP (Sozialistische Reichspartei) und Wehrmachtsoffizier Remer an, das diesen Großsprecher der Partei bestrafte, weil er die Widerständler des 20. Juli als Verräter und Schlimmeres titulierte. Mit einer auch für Kenner der Materie überraschenden Volte, zeigte er auf, dass mit der Verurteilung und dem wenig später im Schnelldurchgang unter rechtsstaatlich fragwürdigen Verfahrensweisen erzielten Verbot der SRP politisch eine Grenze gezogen werden sollte zwischen Nationalsozialisten, die sich in eine Nachkriegsvolksgemeinschaft einzugliedern bereit waren, und denjenigen, die als „Unverbesserliche“ auszuschließen waren. Indem, so der Referent, das Urteil von Braunschweig die „Ehre des deutschen Soldatentums“ gegenüber dem alles vernichtenden Totalitarismus des NS-Regimes herstellte, sei eben nicht nur betont worden, dass Widerstand gegen Unrecht Recht ist, so die vorherrschende bedeutende Interpretation des Urteils, sondern zugleich sei der Weg geebnet worden, dass sich diejenigen Nazis, die sich geläutert gaben, in der Bundesrepublik willkommen wären. Indem also eine Ausgrenzungslinie zum Extremismus gezogen wurde, öffnete sich ein Integrationstor. Viele Mitglieder der SRP, die immerhin in Niedersachsen bei Landtagswahlen 11 Prozent der Stimmen erreicht hatte, ließen sich in Parteien der NS-Integration nieder. Diese Doppelbedeutung des SRP-Verbots wurde dann allerdings beim Verbot der FDJ und später der KPD, also die Ausgrenzung eines so genannten Linksextremismus, insofern aufgeboben, dass es begleitet wurde mit massiver staatlicher Verfolgung – ohne Integrationsangebot.

In der Bundesrepublik wurde der Extremismus Begriff weiterhin festgemacht an Wahlverhalten und Parteipräferenz. Rechtsextremisten waren die Parteigänger der NPD. Erst mit der Erarbeitung und Veröffentlichung der ersten Sinus-Studie von 1980 wurde in der Sozialwissenschaft von dem Kriterium der Parteipräferenz Abstand genommen. Nun wurde Einstellungen repräsentativ abgefragt, Einstellungen zum Autoritarismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Nationalismus etc. Das Ergebnis: Um die 13 Prozent der Deutschen hätten massive rechtsextreme Einstellungen. Darüber hinaus wären weitere 37 Prozent zwar immun gegen Antisemitismus, Militarismus und Führerkult seien aber dennoch empfänglich für „rechtsextreme Denkinhalte“. Damit war inhaltlich die Abgrenzung zum Rechtsextremismus aufgeweicht, der „Rand“ und die „Mitte“ diffundierten – auch in der Analyse. Es dauerte noch eine halbe Ewigkeit, bis aus den Arbeiten von Wilhelm Heitmeyer u. a. zu den „Deutschen Zuständen“, den Erkenntnissen der „Mittestudien“ von Brähler u.a. deutlich wurde, wie sehr die so massiv als politischer Stabilitätsgarant hofierte Mitte zum Rechtsextremismus ausschlägt. Bekämpft würden, so der Referent an Beispielen aus Bayern, Erkenntnisse wie „Vom Rand zur Mitte“ oder „Rechtsextremismus der Mitte“ von staatlichen Stellen immer noch. Denn bei Wegfall der Parteipräferenz im Extremismuskonzept der Ausgrenzung, bei der Feststellung, dass rechtsextremistische Einstellungen in (fast) allen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen

einen festen Platz einnehmen, wird der Rechtsextremismus zu einem gesellschaftlichen Problem, dem nicht durch Ausgrenzung allein beizukommen ist, sondern das durch offensive Verteidigung demokratisch-republikanische Werte und Einstellungen auf allen Ebenen des Diskurses im Gemeinwesen bekämpft werden muss.

Die anschließende Debatte vertiefte diese Problematik. Und da wir alle im täglichen gesellschaftlichen Umgang mit rechtsextremen Einstellungen und Taten immer wieder vor Entscheidungen und Handlungsoptionen ihrer Bekämpfung stehen, setzte die Tagung nach der Mittagspause in aufgelockerter Runde bei dezimierter Teilnehmerzahl den Schwerpunkt, Berichte aus Erfahrungen und gegenwärtigen Aktionen zu besprechen.

An drei Gesprächs- und Informationsstationen gaben Kristin Harney und Thomas Probst vom ZDB Wolfburg, Mikis Rieb von der LpB und Steffen Holz vom DGB Auskunft über ihre praktischen Erfahrungen in den Bewegungen gegen Rechts und stellten die gegenwärtigen Projekte vor: Das ZDB http://www.arug-zdb.de/index.php/zur-startseite/zdb-wolfsburg konzentriert sich mit Partnern im Land in drei regionalen Schwerpunkten auf die Aufklärung über und die Bekämpfung von rechtsextremistischen Aktivitäten.

Kristin Harney im Gespräch; Foto Tom Seibert

Die Landeszentrale zeigte ihre noch weiter zu entwickelnden Konzepte für vorbeugende Arbeit gegen Rechtsextremismus besonders unter jungen Leuten.
https://www.demokratie.niedersachsen.de/startseite/ueber_landeszentrale/team/das_team-152267.html

Mikis Rieb erläutert die Projekte der LpB; Foto: Tom Seibert

Steffen Holz betonte auch im Hinblick auf seine jahrzehntelangen Erfahrung in Bündnissen gegen Rechts in Hannover und Neustadt a. R. , dass es wichtig sei, trotz aller Widersprüche und Friktionen innerhalb des Bündnisses „Bunt statt Braun“, den Parteitag der AFd am 3. Dezember im CCH nicht einfach geschehen zu lassen, sondern dagegen massiv zu demonstrieren.

Steffen Holz in interessierter Runde; Foto Tom Seibert

Unter dem Eindruck, produktiv anstrengende, zum Zuhören und Nachdenken auffordernde Stunden verbracht zu haben, endete die Tagung. Wir sind uns mit den Referenten und der Referentin einig, dass die Beiträge dieses Treffens veröffentlicht werden sollen – mindestens im Net, möglichst auch in gedruckter Form. Als Deadline haben wir uns das Frühjahr 2018 gesetzt, soviel Luft brauchen die Beteiligten, um die Referate zu verschriftlichen und eine vernünftige Redaktion zu bewerkstelligen. Bis dahin also ein wenig Geduld.

Als Organisator dieser vom Verein Netzwerk initiierten Veranstaltung erlaubt sich der Berichterstatter eine Bemerkung: Mir ist unverständlich, dass die Beteiligung aus Reihen der Vereinsmitglieder minimal war. Am Termin kann es nicht gelegen haben, denn der ist seit März bekannt. Diese und jene Wortmeldung zu Gründen eines Fernbleibens könnte helfen, für die Tagung im nächsten Jahr Konsequenzen zu ziehen.

PS

Treffen von Außenlager-Initiativen in Neuengamme am 3. November 2017

Die KZ-Gedenkstätte Neuengamme lädt einmal im Jahr Vertreter der Außenlager-Initiativen und –Gedenkstätten zu einem ein- oder zweitägigen Treffen ein auf dem neben der Behandlung aktueller Themen ein reger Meinungsaustausch und eine tiefere Vernetzung von Akteurinnen und Akteuren der norddeutschen Erinnerungsarbeit möglich sind.

In diesem Jahr standen u. a. der Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus als Herausforderung für Gedenkstätten und der Umgang mit historischen Relikten am Beispiel des ehemaligen KZ-Außenlagers Laagberg in Wolfsburg auf der Tagesordnung.

Aus Hannover nahmen an der Tagung Vertreter des Regionsnetzwerkes Erinnerung und Zukunft, der Arbeitskreise „Bürger gestalten ein Mahnmal“ aus Ahlem und „Ein Mahnmal für das Frauen-KZ in Limmer“ wie auch der Arbeitsgemeinschaft KZ Stöcken teil. So trug das Zusammentreffen in Hamburg auch zur weiteren Vernetzung in Hannover bei.

Horst Dralle

„Die hannoversche Stadtgesellschaft und der Nationalsozialismus“ – Information und Debatte

Etwa 60 Interessierte fanden sich am trüben Novemberabend des 27.11. in der VHS Hannover ein, um sich über den Stand und die Perspektiven des Lernorts zum Nationalsozialismus in Hannover zu informieren. Als die Entscheidung der politischen Beschlussgremien der Stadt Hannover gefallen war, im „Rathauskontor“, der ehemaligen VHS am Theodor-Lessing-Platz, den seit langer Zeit geplanten

und konzipierten Lernort „Die hannoversche Stadtgesellschaft und der Nationalsozialismus“, wie er nun betitelt wird, zu errichten, beschloss die 7. Mitgliederversammlung des Vereins Netzwerk am 9. August 2017, eine öffentliche Debatte um dieses Vorhaben auf den Weg zu bringen. Ergebnis war diese gemeinsame Veranstaltung vom Verein Netzwerk und Zentrale Angelegenheiten Kultur / Städtische Erinnerungskultur.

Dr. Karljosef Kreter von der Städtischen Erinnerungskultur lieferte in seiner Einführung einen Überblick zum aktuellen Stand und den Perspektiven des städtischen Lernorts. Er hob hervor: Mit den Beschlüssen der Ratsgremien, das Rathauskontor als zentralen Ort einer Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus zu wählen, sei nach langer Debatte, wo solch ein Ort entstehen könnte, der Startschuss für die intensive inhaltliche und gestalterische Ausrichtung dieser als Lernort konzipierten Stätte gefallen. Kreter betonte, auch wenn kein authentischer Ort gefunden werden konnte, seien die Räume in der alten VHS hervorragend geeignet, das vom Beirat und anderen Mitwirkenden erarbeitete Konzept zu verwirklichen. Unter dem zentralen Motto „Mitmachen oder widerstehen“ oder, wie in der Debatte Detlef Schmiechen Ackermann formulierte, „mit dem Fokus auf Gesellschaft und Einzelne in der Gesellschaft“, würden sechs Module unterschiedliche und sich ergänzende Blickweisen auf die „Stadtgesellschaft im Nationalsozialismus“ geboten: Portraitwand, „Mein Erbe“, „Meine Welt (Jugendzimmer)“, „Meine Nachbarn“, „Meine Stadt“, „Forschendes Archiv.“ Eine ausführliche Dokumentation des Entscheidungsprozesses und des vorgestellten Konzepts unter: https://www.hannover.de/Kultur-Freizeit/Architektur-Geschichte/Erinnerungskultur/St%C3%A4dtische-Erinnerungs%C2%ADkultur/Lernort-Die-hannoversche-Stadtgesellschaft-und-der-Nationalsozialismus

Gesprächsrunde und Publikum im vollbesetzten Saal der VHS; Foto: ©Städtische Erinnerungskultur

In einer Podiumsrunde unter der Moderationsleitung des ehemaligen NDR-Kultur-Redakteur Stephan Lohr mit Dr. Horst Meyer vom Vorstand des Vereins Netzwerk, Horst Dralle vom Arbeitskreis „Ein Mahnmal für das Frauen-KZ Limmer“ e.V., Reinhard Schwitzer vom Verein „Gegen das Vergessen ./.NS-Zwangsarbeit“, Dr. H.-D- Schmid als Mitglied der Fachkommission der Gedenkstätte Ahlem und Prof. Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann als Sprecher des Beirats für den Lernort Hannover wurden Aspekte des Vortrags vertieft und befragt. Dem Einwurf von Horst Meyer, dass sich die städtischen Entscheidungsgremien nicht intensiv genug entsprechend den Beiratsempfehlungen um einen authentischen bzw. quasi authentischen Ort bei großzügiger und der Komplexität des Thema angemessener Fläche bemüht hätten, hielten andere Debattenteilnehmer entgegen, dass sich Wünschenswertes nun in politische und bauliche Realität verwandelt habe. Die Zentralität des Ortes in der Stadtmitte, seine Anschlussfähigkeit an zentrale Stätten des Erinnerns in der Nähe sowie die Tatsache, dass die Stadt nun ein „Statement“ gesetzt habe, seien Fakten, die dafür sprächen, nun die Ausstellungs- und Arbeitsebenen mit Leben zu füllen. Dabei sei es unbedingt erforderlich, die Arbeit derjenigen im Netzwerk zusammengeschlossenen Initiativen, die sich Jahrzehnten mit dem Thema Zwangsarbeit, Unterdrückung und Verfolgung beschäftigen, angemessen zu integrieren, wie Horst Dralle und Reinhard Schwitzer betonten. Täter und Funktionäre der NS-Diktatur und ihrer Apparate drohten, so die kritische Anmerkung von H.-D. Schmid, in der jetzigen Konzeption zu kurz zu kommen. Sowieso, so der Eindruck an diesem Abend, wird eine inhaltliche Füllung der gestalterischen Konzeption überhaupt noch die entscheidende Herausforderung sein. Bei Fragen, ob

der Begriff „Lernort“ treffend gewählt sei oder wie denn Gedenkort und „Lernort“ begrifflich und inhaltlich zusammenpassen würden oder auch nicht, schimmerte die Unklarheit über die Konkretheit des gegenwärtigen Konzepts hervor. Die in diesem Zusammenhang nicht unerhebliche Frage, inwieweit der Beirat dabei weiter tätig sein wird oder wie denn die in der Stadtgesellschaft seit vielen Jahren tätigen Initiativen in diesen Prozess integriert sein werden, konnte nicht geklärt werden. Betont wurde zum wiederholten Male, dass der zu schaffende Ort keine Konkurrenz zur Gedenkstätte Ahlem darstelle, dass vielmehr durch die Abbildung möglichst vieler Aspekte der hannoverschen „Stadtgesellschaft im Nationalsozialismus“ viele Synergieeffekte für eine fruchtbare Zusammenarbeit auftreten würden.

Man war sich in weiten Teilen der Veranstaltungsteilnehmer wohl einig, dass der Austausch zwischen Stadt und interessierter Öffentlichkeit in ähnlichen Formen wie an diesem Montag unbedingt weitergehen soll. Bis zur geplanten Eröffnung des Hauses am 27. Januar 2019 bliebt so viel Zeit nicht.

PS

Kooperation zwischen der Gedenkstätte Ahlem und dem Ghettofighters‘ House Museum

Die Gedenkstätte Ahlem der Region Hannover strebt eine Kooperation mit dem Ghettofighters‘ House Museum (GFHM) in Westgaliläa, Israel an. Die israelische Einrichtung, die von Mitgliedern des Kibbuz *Lochamej haGeta’ot* 1949 gegründet wurde, gedachte als erste Institution den Opfern des jüdischen Widerstandes im Holocaust.

Das GFHM ist neben Yad Vashem die wichtigste Anlaufstelle für *Holocaust Education* in Israel. Mit dem Kindermuseum *Yad Layeled* spricht das Ghettofighters‘ House Museum zudem Besucherinnen und Besucher ab 10 Jahren an. Dabei werden jungen Menschen in erster Linie durch kreative und assoziative Methoden Zugänge zur Geschichte eröffnet. Die Ausstellung selbst bezieht sich auf Aussagen aus Tagebüchern oder Biografien von Kindern während des Holocaust und schafft so einen sehr emotionalen Zugang zur Thematik. Anfang November besuchte eine kleine Delegation der Gedenkstätte Ahlem die Kolleginnen und Kollegen des GFHM und Yad Layeled, um die Arbeit vor Ort kennenzulernen und Kooperationsmöglichkeiten zu diskutieren. Gefördert durch den Rotary Club Hannover sollen über einen Zeitraum von zunächst vier Jahren gemeinsame Projekte entwickelt werden, die Schülerinnen und Schüler, aber auch Multiplikatoren in Deutschland und Israel ansprechen sollen. Darüber hinaus hat der Besuch gezeigt, dass es vielfältige weitere Möglichkeiten gibt, wie die beiden Einrichtungen in der täglichen Arbeit voneinander profitieren können. Auch das im GFHM angegliederte Center for Humanistic Education ist an einer Kooperation mit Ahlem interessiert. Dabei spielen vor allen Dingen auch die historischen Verbindungen zwischen der Gartenbauschule Ahlem und Palästina/Israel eine tragende Rolle. Um den gemeinsamen Kooperationsvertrag zum Abschluss zu bringen, erwartet die Gedenkstätte Ahlem die Kolleginnen und Kollegen aus Israel im Sommer nächsten Jahres zum Gegenbesuch in Deutschland.

Andreas Mischok und Stefanie Burmeister (v.l.) mit Mitarbeiterinnen des Museums Yad Layeled im Gespräch über Workshopmethoden und Kooperationsmöglichkeiten. Foto: Shaun Hermel

Shaun Hermel

Rückblick: Graffiti Workshop in der Gedenkstätte Ahlem

Vom 27.10. bis zum 30.10. fand in der Gedenkstätte Ahlem erstmals ein Graffiti Workshop statt. 10 Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Alter von 14-21 Jahren haben sich dabei unter der Anleitung des renommierten Graffitikünstlers Philipp von Zitzewitz künstlerisch mit der Vergangenheit auseinandergesetzt. Den hierfür nötigen Input erhielten sie von den Mitarbeitern der Gedenkstätte, sowie von zwei Ehrengästen, die anlässlich des Workshops auf Einladung der Region Hannover extra aus dem Ausland angereist waren. Jennifer Orth-Veillon ist die Enkeltochter eines Befreiers des Konzentrationslagers Ahlem. Der US-Soldat lernte nach Ende des Zweiten Weltkrieges mit Jan Dirk van Exter einen ehemaligen Insassen des KZ Ahlem kennen. Van Exter war Comiczeichner und Cartoonist und aufgrund seiner Tätigkeit für den niederländischen Widerstand im KZ Ahlem inhaftiert. Zwischen den beiden Männern entwickelte sich eine lebenslange Freundschaft. Van Exter schenkte seinem Befreier aus Dankbarkeit einen Comic seiner Leidensgeschichte. Diese historischen Zeichnungen, die zurzeit in der Gedenkstätte Ahlem zu sehen sind, dienten den Workshopteilnehmern als Inspiration. Ebenso wie die Ausführungen von Churchill Roberts, Professor an der University of Florida für Telekommunikation und Filmemacher, der sich in mehreren Dokumentarfilmen mit dem Holocaust und dem KZ Ahlem beschäftigte.
Die entstandenen Graffitibilder werden im Rahmen einer kleinen Ausstellung und Broschüre in Frühjahr des kommenden Jahres in der Gedenkstätte Ahlem zu sehen sein.

Churchill Roberts (Bildmitte) bewundert die im Rahmen des Workshops entstandenen Graffitibilder.
Foto: Shaun Hermel

Shaun Hermel

Ausblick: Veranstaltungen, Termine

„Abgeschoben in den Tod“
Zum Gedenken an die Deportation hannoverscher Juden

Freitag, 15. Dezember 2017, 12 Uhr

Am 15. Dezember 1941 wurden 1001 Juden aus Hannover und Umgebung vom Bahnhof Fischerhof nach Riga deportiert, nur 69 überlebten die Deportation und Verfolgung.

Schülerinnen und Schüler der Humboldtschule werden die Gedenkveranstaltung inhaltlich vorbereiten und begleiten. Die Schule hatte anlässlich des 75. Jahrestags der Deportation im Jahr 2016 die Patenschaft für das Gedenken am Mahnmal übernommen. In diesem Jahr werden

Luftballons steigen gelassen, die das Angedenken an die 1001 Deportierten verbreiten sollen. Das Gedenken bezieht die Opfer aller Deportationen aus Hannover ein.

Es folgen eine Kranzniederlegung und Gebete von Kantor Assaf Levitin von der Liberalen Jüdischen Gemeinde Hannover.

Ort: Holocaust-Mahnmal, Opernplatz, 30159 Hannover

Veranstalter: Landeshauptstadt Hannover – Städtische Erinnerungskultur und Region Hannover

---

Vorstellungen in der Filmreihe „Erinnerungsbilder“

Eine Kooperation von Kommunalem Kino Hannover, Städtischer Erinnerungskultur Hannover und dem Institut für Didaktik der Demokratie

Ort:

Kommunales Kino Hannover, Sophienstr. 2, 30159 Hannover

Kartenreservierung und -vorverkauf: Tel. 0511 / 168 - 45522|KokiKasse@Hannover-Stadt.de
Montag - Freitag von 12.00 - 18.00 Uhr und an der Abendkasse. Die Kinokasse öffnet jeweils 30 Minuten vor Spielbeginn.

Alexander Newski

ALEKSANDR NEVSKIJ - UDSSR 1938
Regie: Sergej Eisenstein
Quelle: Deutsche Kinemathek

Mittwoch, 13. Dezember 2017, 19:30 Uhr

UdSSR-Spielfilm Regie: Sergej Eisenstein
mit Nikolai Tscherkassow, Nikolai Ochlopkow u.a.
Sowjetunion 1938|Länge: 112 Minuten
Eintritt: 6,50 € (ermäßigt 4,50 €), Schulklassen: 3 € p.P.

Alexander Newski ist ein sowjetischer Historienfilm des Regisseurs Sergei Eisenstein aus dem Jahr 1938, der unter Rückgriff auf historische Ereignisse propagandistisch die damalige Bedrohung der Sowjetunion durch das nationalsozialistische Deutschland behandelt.

Im Mittelpunkt des Films steht der russische Nationalheld Alexander Jaroslawitsch Newski. Das Stammgebiet der Russen ist Mitte des 13. Jahrhunderts von zwei Seiten bedroht. Weite Teile des Ostens sind durch die Tataren unterworfen. Im Westen hat der Deutsche Orden große Gebiete im ehemaligen Ostpreußen und im Baltikum erobert und will nun mehr. Die vom Deutschen Orden bedrohte Stadt Nowgorod bittet den Fürsten Alexander Newski um Unterstützung.

Eine wissenschaftliche Einführung erfolgt durch Dr. des. Christian Hellwig, Leibniz Universität Hannover. Nach der Vorführung besteht das Angebot zur Diskussion.

Der Kinnhaken

Mittwoch, 10. Januar 2018, 19:30 Uhr

DDR-Spielfilm | Regie: Heinz Thiel
mit Manfred Krug, Dietlinde Greiff, Marita Böhme u.a.
DDR 1962 | Länge: 79 Minuten
Eintritt: 6,50 € (ermäßigt 4,50 €), Schulklassen: 3 € p.P.

Der DEFA-Film, für den Hauptdarsteller Manfred Krug auch das Drehbuch schrieb, zählt neben „… und deine Liebe auch“ (1962) und „Sonntagsfahrer“ (1963) zu den sogenannten „Mauer-Filmen“. Sie rechtfertigten den Mauerbau und sollten die Argumente für das Vorgehen der DDR-Führung vermitteln.

Im Film übernimmt diese Funktion der Angehörige einer Betriebskampfgruppe, der am 13. August 1961 einen Grenzübergang bewacht. Georg (Manfred Krug) verhindert zwar den illegalen Grenzübertritt der im Westen in einer Bar arbeitenden Grenzgängerin Carolin (Dietlinde Greiff), erliegt aber gleichzeitig ihrem Charme. Er überzeugt sie davon, endgültig in Ost-Berlin zu bleiben. Beide werden schließlich ein Liebespaar, doch ihr Glück gerät in Gefahr, als ein Bekannter Carolins aus der Bar in WestBerlin auf der Bildfläche erscheint...

Eine wissenschaftliche Einführung erfolgt durch Dr. des. Christian Hellwig, Leibniz Universität Hannover.

Flucht nach Berlin

Mittwoch, 31. Januar 2018, 19:30 Uhr

BRD-Spielfilm | Regie: Will Tremper
mit Christian Doermer, Susanne Korda u.a.
BRD 1961 | Länge: 103 Minuten
Eintritt: 6,50 € (ermäßigt 4,50 €), Schulklassen: 3 € p.P.

Das mit viel Spannung inszenierte Filmdebüt des Regisseurs Will Tremper, der zuvor als Drehbuchautor für „Die Halbstarken“ bekannt wurde, spielt im Jahr 1960, ein Jahr vor dem Bau der Mauer. Erzählt wird vom Schicksal zweier Männer in der DDR, die plötzlich in Konflikt mit dem System geraten. Der auf dem Dorf lebende Landwirt Hermann Güden (Narziß Sokatscheff) lehnt sich gegen die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft auf. Als er keine Chance mehr sieht, versucht er zu flüchten, was vom SED-Parteigenossen Baade (Christian Doermer) vereitelt wird. Doch es gelingt Güden zu entkommen. Mit Unterstützung einer Schweizer Journalistin und kleineren Hilfen aus der Bevölkerung schlägt er sich zur Grenze durch. Hier trifft er erneut auf Baade, der mittlerweile ebenfalls der Flucht verdächtigt wird.

Eine wissenschaftliche Einführung erfolgt durch Dr. des. Christian Hellwig, Leibniz Universität Hannover. Nach der Vorführung besteht das Angebot zur Diskussion.

NS-Wochenschauen der Kriegsendphase

Mittwoch, 7. Februar 2018, 19:30 Uhr

Die Deutsche Wochenschau | 1944/45
Produktion: Deutsche Wochenschau GmbH / Ufa
u.a. 3. Mai 1944, 2. November 1944, 22. März 1945
Eintritt: 6,50 € (ermäßigt 4,50 €), Schulklassen: 3 € p.P.

Die deutsche Kriegswochenschau, die seit Juni 1940 mit dem einheitlichen Titelvorspann „Die Deutsche Wochenschau“ (DW) erscheint, ist während des Zweiten Weltkrieges nichts weniger als das filmische Verlautbarungsorgan des NS-Regimes. Sogenannte Propagandakompanien von Heer, Marine, Luftwaffe und Waffen-SS liefern spektakuläre Aufnahmen von den Fronten, die in den Produktionsräumen der Deutschen Wochenschau GmbH bei der Ufa zusammenmontiert werden. In ihrer ästhetischen Verklärung des Krieges, aber auch in ihrer filmkünstlerischen und stilistischen Geschlossenheit stellt die DW ein Unikum unter den Wochenschauen der Kriegsparteien im Zweiten Weltkrieg dar. In welcher Weise behandelt nun dieses auf Sieg und Heroismus ausgerichtete Filmperiodikum die Schlussphase des Krieges? Wie wird die Durchhalte-Propaganda des Regimes transportiert? Dies soll an einer Auswahl später DW-Ausgaben gezeigt werden.

Eine wissenschaftliche Einführung erfolgt durch Dr. Dirk Alt.

26.01.2018, 12 Uhr, Gedenkstätte Ahlem
Zentrale Gedenkveranstaltung der Region Hannover und der Landeshauptstadt Hannover anlässlich des Holocaustgedenktages in der Gedenkstätte Ahlem. Die Veranstaltung wird geplant und durchgeführt von Schülerinnen und Schülern der Sophienschule, Kooperationsschule der Gedenkstätte Ahlem.

28.01.2018, 15 Uhr, Gedenkstätte Ahlem
Ausstellungseröffnung und Buchpräsentation des Spieleerfinders, Malers und Überlebenden des KZ Ahlem Ivan Moscovich. Dabei werden Auszüge seiner Werke in der Gedenkstätte Ahlem präsentiert. Außerdem stellt die Gedenkstätte die Lebensgeschichte Moscovichs erstmals der Öffentlichkeit vor. Die Publikation wird im Rahmen der Schriftenreihe der Gedenkstätte Ahlem erscheinen.

Von Herrn Marco Dräger erreichte uns **folgende Anregung,** die hiermit kundgetan wird:

„Gerne möchte ich Ihnen im Newsletter bereits kurz meine Idee vorstellen, die Wanderausstellung „Was damals Recht war ...“ der Berliner Stiftung Denkmal zur Wehrmachtjustiz erneut nach Hannover zu holen und sie hier gemeinsam mit dem Netzwerk zu realisieren. Herr Dralle hat mich im Gespräch auf diese Idee gebracht. Man müsste also „nur“ noch klären, wie und mit welchen Partnern die Kosten in Höhe von ca. 4000-4500 Euro für Transport, Auf- und Abbau sowie Werbung (Flyer etc.) gestemmt werden können. Als Ausstellungsort stehe ich schon mit dem Freizeitheim Linden in Kontakt, das sich eine Präsentation der Ausstellung in seinen Räumlichkeiten sehr gut vorstellen kann.
https://www.stiftung-denkmal.de/ausstellungen/was-damals-recht-war.html

---

Impressum:

Der Newsletter erscheint zum Ende jeden ungeraden Monats sechsmal pro Jahr als Mitteilungsblatt an die Mitglieder und Interessierte des Vereins. Redaktionsschluss dieser Ausgabe 28.11.2017. Redaktionsschluss der Januarausgabe am 29.01.2018.

Netzwerk Erinnerung und Zukunft e.V., c/o Büro Dr. Horst Meyer & Partner, Bödekerstr. 90, 30161 Hannover; Tel +49 511 961 87 0/15; erinnerung-und-zukunft@t-online.de; www.netzwerk-erinnerungundzukunft.de

Redaktion Dr. Peter Schyga (Netzwerkreferent)

Netzwerk Erinnerung + Zukunft in der Region Hannover e.V. wird institutionell gefördert von der Landeshauptstadt Hannover, Zentrale Angelegenheiten Kultur.

Landeshauptstadt Hannover